Karl H. Kimmig

POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER "BRITISCHEN KRISE"

Seit mehr als zwei Jahrzehnten steht die Literatur zum Fall Großbritannien im Zeichen der Krisendeutung. Während eines Großteils dieser Periode beruhte die wissenschaftliche - und nicht zuletzt journalistische - Attraktivität der Insel in erster Linie darauf, daß sie innerhalb des prosperierenden und zukunftssicheren westlichen Kernbereichs die einzige Schaubühne für Verfalls- und Destabilisierungsprozesse zu bieten schien. Trotz - oder gerade wegen - ihrer voyeuristischen Obertöne zeichnete sich die resultierende Krisendiagnostik vor allem dadurch aus, daß sie das britische Leiden treffsicher als entwicklungsgeschichtliches Unikum begriff.

Angesichts der globalen Verallgemeinerung von Krisenerscheinungen ist die Faszinationskraft der britischen Malaise inzwischen im Schwinden - mit dem Ergebnis, daß sie zunehmend als Normalfall, allenfalls als Härtefall ubiquitärer industriegesellschaftlicher Vergreisung behandelt wird. Eine solche Perspektive unterschlägt jedoch die ausgeprägte Eigengesetzlichkeit dieser Krisenvariante, die sich bereits oberflächlicher Betrachtung erschließt.

Zum einen besticht die hochgradige Zirkularität der Krankheitsgeschichte. Noch immer werden Befunde diskutiert, die - wie die institutionellen Wachstumsbarrieren - bereits Anfang der 60er Jahre oder - wie der importierte Deindustrialisierungsdruck - bereits in der Zwischenkriegszeit oder - wie die Produktionsfeindlichkeit der ökonomischen Kultur - sogar schon im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts auf der Tagesordnung standen. Eine ähnlich im Kreis verlaufende Problematik und

eine vergleichbar repetitive Interpretation hat in Westeuropa allenfalls Italien zu bieten - und dort beschränkt auf die politische Sphäre.

Zm anderen verblüfft die Widerstandskraft des Patienten, der mit wechselnden Symptomen allen vorschnellen Nachrufen trotzt. So sind die Hauptängste der abgelaufenen Dekade - Währungsschwäche und Gewerkschaftshegemonie - einer scheinbaren Genesung ebenso zum Opfer gefallen wie die damals verbreiteten Prognosen vom unaufhaltsamen regionalen Zerfall und von der unausweichlichen Verhärtung der korporatistischen Ansätze. Es zählt denn auch zu den unterhaltsameren Zügen der britischen Malaise, daß sie die auf ihr gedeihenden kurzatmigen Deutungen stets auf's Neue desavouiert.

Der augenscheinliche Widerspruch von Permanenz und ständigem Formwandel weist auf die strukturelle Doppelbödigkeit der Krise hin. Auf der Oberfläche präsentiert sie sich als Kette von vorübergehenden Fieberzuständen - in Gestalt von Währungskrisen, verallgemeinerten Arbeitskämpfen und neuerdings Episoden öffentlichen Aufruhrs. Unter diesen periodischen Anfällen, die der florierenden Krankheitsberichterstattung den Stoff liefern, schwärt die eigentliche Malaise, die "Krise einer alten und erschöpften Ordnung"[1], die sich ökonomisch als Blockierung eines abweichenden Entwicklungswegs und politisch als Niedergang eines besonderen staatlich-institutionellen Modells bestimmt.

Dabei macht die eigentümliche Dynamik dieses Verfalls die Verwendung des Krisenbegriffs eher irreführend. Das gängige, der Medizin entlehnte Paradigma der Klärungskrise, die den Scheitelpunkt eines sich zuspitzenden Krankheitsprozesses markiert, greift an der britischen Erfahrung vorbei, die sich in diesem Sinn gerade durch die "Unfähigkeit zur Krise" auszeichnet, d. h. durch das Unvermögen, Entwicklungswidersprüche in einem historischen Knotenpunkt zu bündeln und durch die Eliminierung bankrotter Entwicklungslinien aufzulösen. Das von vielen Beobachtern herausgestellte Paradox der "Stabilität in

der Krise" gedeiht auf dem Boden eines lang eingespielten Evolutionsmusters, das durch "containment of change", durch die "umbiegende Vereinnahmung" von Erneuerungsimpulsen geprägt bleibt. So gesehen ist die britische Krise ein Produkt allzu erfolgreichen, da stagnationsbrütenden Krisenmanagements.

Die Dialektik von kurzfristiger Krisenvermeidung und langfristiger Krisenerzeugung läßt sich besonders augenfällig an der Wirtschaftspolitik der Nachkriegsperiode verfolgen. Nirgends in Westeuropa wurde das Keynes'sche Instrumentarium mit ähnlichem Eifer gehandhabt - und nirgendwo ist denn auch die gegenwärtige anti-Keynes Reaktion von vergleichbarer Intensität. Im Interesse der Stabilisierung von Konjunktur- und Zahlungsbilanzbewegungen manipulierten sukzessive Regierungen den Umfang der Gesamtnachfrage vorzugsweise über den Hebel der öffentlichen und privaten Kapitalbildung - unter Mißachtung der kumulativen Wachstumseffekte. Die im Verlauf dieser Stabilisierungsübungen angehäuften Investitions- und mithin Produktionsdefizite stellen mittlerweile den harten Kern des britischen Desindustrialisierungsproblems. Die Durchschlagskraft der Keynes'schen "Revolution" beruhte im britischen Kontext vor allem darauf, daß sie ein vollgültiges Substitut für die überfällige ökonomische Restrukturierung zu bieten schien.

Parallel dazu erfolgte auf der politischen Ebene die krisenverschiebende Eindämmung des Wandels über den Ausbau des "corporate bias"[2], die schrittweise Einbindung der zentralen Interessengruppen in den "extended state", mit der das britische System in charakteristisch informeller Manier dem Aufstieg der organisierten Arbeiterschaft begegnete.
Während eine vergleichbare Integrationspraxis in anderen spätkapitalistischen Gesellschaften als Mittel zur aktiven Akkumulationsförderung diente, funktionierte sie unter britischen Bedingungen vorwiegend als ein Arrangement zur allseitigen Bestandswahrung. Der sie tragende "richtungslose Konsens" trat besonders konturenscharf in ihren Hauptgeschöpfen, "Welfare State" und "Public Cor-

porations", an die Oberfläche. Beide Institutionen trugen von Anfang an beherrschenden Kompromißcharakter, entbehrten einer konsistenten Existenzbegründung und blieben vor allem ohne funktionale Zuordnung zum gesamtökonomischen Entwicklungsprozeß. So fungierten die verstaatlichten Industrien primär weder als Generatoren fiskalischer Überschüsse noch als verläßliche Zulieferer subventionierter Inputs für den Privatsektor, sondern als Beschäftigungs- und Einkommensgaranten für begrenzte Segmente der Arbeitnehmerschaft sowie als bloße Manövriermasse für die konjunkturelle Stabilisierungspolitik. Wenn die heute einflußreichste Denkschule den britischen Niedergang als ein Ergebnis von "Überstaatlichung" im Sinn der quantitativen Einschnürung des Marktsektors deutet[3], so bewegt sie sich mit einer falschen Diagnose auf der richtigen Spur. Nicht der Umfang der staatlichen Wirtschaftstätigkeit steht im Mittelpunkt des britischen Problems, wohl aber ihre besondere Rolle als Stützpfeiler eines quasi-institutionellen Systems rückwärtsgewandten gesellschaftlichen Interessenausgleichs. Es ist denn auch kein Zufall, daß das Konstrukt des "corporate bias" Ende der 70er Jahre ausgerechnet an den innerhalb des unterkapitalisierten und perspektivlosen öffentlichen Sektors erzeugten Arbeitskonflikten endgültig auseinanderbrach.

Die These von der qualitativen Besonderheit der britischen Krisenvariante bestätigt sich gerade auch in ökonomischer Hinsicht. Erlaubte der stürmisch expandierende Weltmarkt in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten noch die Illusion einer nurmehr graduellen Entwicklungsdifferenz zu den kontinentalen Ökonomien, so ist der scheinbare Wachstumsrückstand während der letzten Jahre in eine neue Qualität umgeschlagen: den historisch ersten Fall anhaltender Desindustrialisierung. Dabei geht es nicht um den relativen Gewichtsverlust des verarbeitenden Sektors in Produktion und Beschäftigung - ein generelles Phänomen in fast allen entwickelten Industriestaaten -, sondern um einen Prozeß industrieller Atrophie, der über den Hebel wachsender Importpenetration das gegebene außenwirtschaftliche Gleichgewicht zerstört

und die gesamtökonomische Aktivität auf eine niedrigere Stufe zwingt. Im dritten Quartal 1982 hat dieser Erosionsprozeß eine historische Schwelle erreicht: erstmals in ihrer Außenhandelsgeschichte akkumulierte die einstige "Werkstatt der Welt" ein Defizit im Austausch von Industriewaren. Zur Aufrechterhaltung seiner externen Reproduktionsfähigkeit ist das Land daher in wachsendem Umfang auf den Export von Primärgütern - in Gestalt von Nordsee-Öl - angewiesen.
Daß es sich dabei um eine tatsächliche Regression und nicht um das von einigen Interpreten postulierte Vorspiel zur post-industriellen Revolution handelt, belegen die Begleitumstände. Die rapide industrielle Kontraktion ist nicht primär binnenwirtschaftlich, d.h. über die Expansion des Dienstleistungssektors vermittelt, sondern exogen, über das sich verstärkende internationale Kompetenzgefälle. Außenwirtschaftlich wird der Verlust von Industriegütermärkten keineswegs durch wachsende Dienstleistungsexporte aufgewogen. Und schließlich weicht die Entwicklung auch dort vom post-industriellen Drehbuch ab, wo sie nicht einen reduzierten und hyperproduktiven, sondern einfach einen reduzierten Industriesektor zurückläßt. Der relativ hohe Entfaltungsgrad des Tertiärbereichs in Großbritannien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die erfolgreiche post-industrielle Transformation eine effiziente und gesamtwirtschaftlich integrierte Industriebasis eine ähnliche Schlüsselrolle spielt wie einst die Agrarmodernisierung für die erfolgreiche industrielle Revolution.

Als wirtschaftsstrukturelle Krise hat die britische Malaise weitreichende entwicklungstheoretische Implikationen. Sie nährt nämlich die Vermutung, daß innerhalb eines offenen weltwirtschaftlichen Systems nicht nur ein ständiger Rangwechsel unter den nationalstaatlich organisierten Ökonomien stattfindet, sondern daß im Einzelfall auch die tendenzielle Peripherisierung metropolitaner Volkswirtschaften - d. h. der Verlust einer eigenständigen Entwicklungsdynamik und die Zersetzung einer relativ homogenen Binnenstruktur - nicht mehr auszuschließen ist.

Die ersten Zeichen dieses Peripherisierungsdrucks sind im Großbritannien der 80er Jahre schwer zu übersehen. Da sind die wachsenden regionalen Disparitäten, die bereits heute die Fahrt vom südöstlichen Prosperitätspol ins nordenglische Hinterland als grenzüberschreitende Reise erscheinen lassen. Da ist der in weiten Bereichen erschreckende Verfall der physischen Infrastruktur in einem Land, das gleichzeitig den weltweit am schnellsten wachsenden Markt für - vorwiegend importierte - Unterhaltungselektronik stellt. Da ist nicht zuletzt die Aufschwemmung der "black economy", eines "informellen", dem staatlichen Zugriff entzogenen Wirtschaftssektors, der von einigen Experten bereits auf 15 % des Sozialprodukts veranschlagt wird. Widersprüche, die der besonderen "britischen Lebensqualität" zunehmend einen aus der Dritten Welt vertrauten Beigeschmack verleihen.

Die hinter dem Desindustrialisierungsprozeß wirksame Logik läßt sich in einer Reihe von Kausalketten rekonstruieren, die - ausgehend vom Schlüsselaspekt des internationalen Produktivitätsgefälles - unmittelbar auf das binnenwirtschaftliche Investitionsdefizit und mittelbar auf eine wachstumsfeindliche Wirtschaftspolitik, einen überdimensionierten externen Kapitalabschluß, ein unterdurchschnittliches heimisches Profitniveau und/oder eine innovationsnegierende gewerkschaftliche Verhandlungsposition zurückverweisen. Einzeln oder gebündelt haben diese Erklärungslinien nicht nur die bisherige Krisendebatte beherrscht, sondern auch die isolierten Ansätze einer staatlich vermittelten industriellen Regeneration geleitet.

Gerade die Ergebnislosigkeit der Regenerationsversuche Mitte der 60er und 70er Jahre deutet allerdings darauf hin, daß die Wurzeln des industriellen Niedergangs unter die Ebene der produktionstechnischen Rückständigkeit reichen. Sie verweist auf die historische Hypothek eines abweichenden Modells bürgerlicher Entwicklung, nämlich darauf "that Marx would have been better employed in the Library of Congress than in the British Museum".[4]

Die frühzeitige Festigung eines agrarisch-merkantilen Kapitalismus schuf in England nicht nur die Grundlagen für die Rolle des frühindustriellen Pioniers, sondern ermöglichte auch die spätere Domestizierung der industriellen Revolution, die gesellschaftliche Eindämmung der Evolutionslogik der Maschinenproduktion. Die ansatzweise Differenzierung der englischen Elite während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in der zweiten Hälfte auf dem Boden eines außengerichteten Entwicklungswegs zugunsten der ökonomischen und politischen Hegemonie ihrer finanz- und außenhandelsorientierten Sektoren entschieden. Diese besondere Binnenkonfiguration der herrschenden Klasse, die sich in der in frühindustriellen Organisationsformen und Perspektiven befangenen Arbeiterschaft spiegelte, schlug sich in der Konsolidierung einer "gentrified bourgeois culture"[5] nieder, in der Marginalisierung industriewirtschaftlicher Orientierung und praktisch-technischer Fähigkeiten in Erziehungswesen, Wirtschaftskultur und gesellschaftlichem Wertsystem. Dieser inzwischen vielfach dokumentierte anti-industrielle Habitus stellte gerade bei der Umsetzung der auf verwissenschaftlichte Massenproduktion gegründeten Zweiten Industriellen Revolution eine erhebliche Barriere und wirkte in der Folgezeit als konstante Produktivitätsbremse.

Die wirklich entscheidende Schwäche des britischen Entwicklungswegs bestand jedoch darin, daß das Ausbleiben einer "reinen", von einer reifen Industriebourgeoisie inszenierten bürgerlichen Revolution die Übernahme und graduelle Adaption des in der frühkapitalistischen Entwicklungsphase ausgeformten Staats und Staatsverständnisses ermöglichte. Im Unterschied zu Kontinentaleuropa fand daher die autoritative Abhebung des Staats von der Gesellschaft nicht statt, blieb seine für nachholende Industriemodernisierung notwendige dirigistische Dimension unerschlossen. Das die Staatstätigkeit prägende Doppelethos der zivilen Hegemonie und der "good administration" hatte in dem von der Figur des vorgeblich omnikompetenten Amateurs beherrschten Civil Service ein Werkzeug, das bei der Lösung der sich verdichtenden öko-

nomischen Strukturprobleme nicht zu greifen vermochte, zumal alternative Koordinationsinstanzen - "klassisches" Finanzkapital und branchenüberspannende Unternehmenskonglomerate - sich in Großbritannien erst mit beträchtlicher historischer Verspätung entwickelten. Der "nicht genügend organisierte englische Kapitalismus"[6] offenbarte seine Unzulänglichkeit vor allem in dem für den spätkapitalistischen Wachstumsschub grundlegenden Überschneidungsbereich von öffentlicher und privater Wirtschaftstätigkeit. Das potentielle Kooperationsfeld für eine aktive Strukturpolitik verkam unter britischen Bedingungen zur politisch-ideologischen Reibungsfläche (Beispiel: Ver- und Entstaatlichung der Stahlindustrie) oder zum bloßen Manövrierfeld für die Politik kurzatmiger Zugeständnisse im Rahmen des "corporate bias" (Beispiel: die lenkungsschwache Vermehrung öffentlicher Agenturen).

Die Langlebigkeit dieses Entwicklungsmodells und mithin die Permanenz der Krise sind Produkte äußerer wie interner Faktoren. Außenwirtschaftlich lieferte der ursprüngliche Produktivitätsvorsprung des industriellen Pioniers bis zur Jahrhundertwende ein wirksames Fettpolster gegen die erwachende internationale Konkurrenz; ein historisches Guthaben, das später durch den präferentiellen Zugang zu Empire-Märkten, durch die kurzfristige industrielle Monopolstellung nach dem Zweiten Weltkrieg und neuerdings durch die verfallsverschleiernden Erdöleinkünfte wiederholt aufgestockt wurde. Es ist denn auch bezeichnend, daß die kurzen Perioden, in denen der außengekehrte Entwicklungsweg unter dem Druck externer Umstände verlassen und vorübergehend zugunsten einer mit protektionistischen und interventionistischen Mitteln durchgesetzten binnenmarktorientierten Lösung aufgeben wurde - während beider Weltkriege und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise -, gleichzeitig Perioden beschleunigten Strukturwandels und beispielloser industrieller Expansion darstellten.

Im Innern hat das skizzierte Entwicklungsmodell seine Widerstandskraft vor allem aus der ungewöhnlichen Halt-

barkeit seiner politischen Verankerung bezogen. Der ökonomische Verfall hat - bislang - kein Gegenstück in einer vergleichbaren Zersetzung der politischen Ordnung, die wirtschaftliche Ineffizienz des Staates ist - bislang - durch scheinbar unbegrenzte Ressourcen an politischer Legitimität kaschiert worden. Diese Stärke beruht nicht nur auf dem schieren Alter des britischen "ancien regime" und der damit einhergehenden erfolgreichen Mythenbildung, sondern auch auf der besonderen Gestalt des Staates und seiner ideologischen Fundierung. Die Dominanz utilitaristischer Ordnungsvorstellungen - d. h. das Fehlen eines Staatsbegriffs im Hegel'schen Sinn - hat zwar die funktionale Aufschwellung des administrativen Apparats nicht verhindert, wohl aber das politische System gegen bestimmte prinzipielle Ansprüche abgefedert. Da die Autorität des Staates nicht auf der erfolgreichen Verwirklichung des "öffentlichen Interesses" beruht, münzt sich umgekehrt seine wirtschaftspolitische Schwäche nicht in automatischen Legitimitätsverlust um.

Dieser Zusammenhang enthüllt sich schlaglichtartig in einem Detail der britischen Szene: der völligen Abwesenheit "alternativer" ("grüner", "ökologischer") politischer Akteure. Während diese Gruppen in Kontinentaleuropa zunehmend als effektive Fermente in politischen Gärungsprozessen auftreten, fehlt ihnen in Großbritannien jegliche Operationsbasis. Ihr gegen Hyperindustrialismus und den technokratischen Leviathan gerichteter Verstoß trifft hier auf offene Türen: einen archaischen "soft state" und eine bereits institutionalisierte Industriefeindlichkeit.

Die häufig gestellte Frage, ob Wirtschafts- oder Staatskrise, ist somit unergiebig. Ökonomischer Verfall und politisches Stehaufmännchentum sind die beiden Gesichter eines in die Krise geratenen - weil wettbewerbsunfähigen - abweichenden Entwicklungsmodells. Die im interventionsschwachen Staat verfestigte Hegemonie industrieferner Gesellschaftsegmente reproduziert den ökonomischen Aderlaß stets auf's Neue, schirmt paradoxerweise aber auch die politische Ordnung gegenüber den Folgen der Wachs-

tumsschwäche ab - mit dem Resultat der scheinbar unauflösbaren "stabilen Dauerkrise".

Letztendlich ist aber selbst die Flexibilität dieses krisentüchtigen politischen Systems begrenzt, steigt angesichts der fortschreitend brüchiger werdenden Wirtschaftsbasis der interne Verwerfungsdruck. Der Zusammenbruch des "corporate bias" hat die politische Praxis auf die frühere Gestalt der "Parteiensouveränität"[7] zurückverwiesen und damit gegenüber Erneuerungsimpulsen geöffnet. Greifbares Ergebnis ist die Re-Ideologisierung der aus der Konsenspflicht entlassenen "alten" Parteien und die Etablierung eines neuen Akteurs in der geräumten ideologischen Grauzone. Zum erstenmal seit dem Umbruch am Vorabend des Ersten Weltkriegs steht das Parteiengefüge vor einem potentiell grundlegenden Gestaltwandel, dessen Ausgang - nicht zuletzt infolge der Brechung durch das Wahlsystem - jedoch noch völlig offen erscheint.

Die politische Umschichtung zeugt jedoch weder von der endlich hereingebrochenen Legitimitätskrise noch von der bevorstehenden Lösung der entwicklungsstrategischen Malaise. Denn bei genauerer Betrachtung können die neueingekleideten politischen Protagonisten - einschließlich der wiedergeborenen Sozialdemokraten - ihre Herkunft von der alten Ordnung nicht verleugnen. Die Kontinuität im Wandel zeigt sich exemplarisch an den Grenzen der gegenwärtigen "neo-konservativen Revolution". Die Hauptlinien dieses Unternehmens - die Eliminierung korporatistischer Politikelemente und die flächendeckende Privatisierung des öffentlichen Produktivvermögens - markieren zwar einen klaren Bruch mit der Ära der Konsenspolitik, lassen jedoch die strukturelle Grundlage des alten Entwicklungsmodells, die Schlüsselstellung der "overseas lobby"[8], unberührt. "Radikal" ist der Umbruch - von seiner ökonomischen Logik her gesehen - nicht im Sinne einer Umkehrung industriefeindlicher Entwicklungstrends, sondern im Sinne ihrer entschiedenen Durchsetzung. Den dabei politisch federführenden Mittelschichten der "neuen" Dienstleistungsbereiche dienen Entstaatlichung und Be-

seitigung der gewerkschaflichen Vetomacht weniger als Hebel zur privatwirtschaftlichen Regeneration der Industrie denn als Wegbereiter für die als unvermeidbar geltende industrielle Atrophie.[9] Daß auch die "radikalen" Tories der 80er Jahre nicht über ihren eigenen Schatten zu springen vermögen, beweist sich dort, wo die Entschlackung von Staat (mittels Privatisierung) und Industrie (mittels Deflation) Endzweck bleibt, d. h. nicht in eine produktive Integration von öffentlicher und privatwirtschaftlicher Sphäre - etwa mittels aktiver Struktur- und Technologiepolitik - umgemünzt wird.

Alles deutet somit darauf hin, daß unter der Oberfläche einer veränderten politischen Landschaft der Prozeß des "negotiated decline" (Nairn) weitergeht. Dafür spricht auch die bei aller Modernisierungsrhetorik im Grunde noch immer rückwärtsgewandte Perspektive der Oppositionsparteien, die entweder am Leitbild des Versorgungsstaats von 1945 (Labour) oder aber am Mythos des durch die polarisierte Konkurrenzdemokratie verschütteten ideologiefreien, pragmatischen Minimalstaats (Alliance) festhalten. Die politischen Träger eines neuen technokratischen Staatsverständnisses und einer produktionsorientierten Wirtschaftskultur sind jedenfals nicht auszumachen. Die soziale Basis für eine derartige Umwälzung wird angesichts des rapiden Gewichtsverlusts industrienaher Gesellschaftssegmente ohnehin ständig schmaler.

ANMERKUNGEN

1 Nevil Johnson, In Search of the Constitution. Reflections on State and Society in Britain, Oxford, New York etc. 1977, S. 1

2 Vgl. Keith Middlemas, Politics in Industrial Society. The experience of the British system since 1911, London 1979, insbes. Kapitel 13

3 Vgl. Robert Bacon / Walter Eltis, Britain's Economic Problem: Too Few Producers, London 1976, insb. Kap. 1

4 W.D. Rubinstein, Wealth, Elites and the Class Structure of Modern Britain, in: Past and Present,76,1977, S. 126

5 Martin J. Wiener, English Culture and the Decline of the Industrial Spirit, Cambridge 1981, S. 10

6 R. Hilferding, Das Finanzkapital, (1901), Frankfurt 1968, S. 438

7 Vgl. Middlemas, op. cit., Kapitel 15

8 Vgl. den Beitrag von Wootton, Graham in Gwyn, William B./Rose, Richard (Hrsg.), Britain - Progress and Decline, London 1980, insbesondere S. 98 ff.

9 Eine besonders detaillierte Kritik dieses staatlich geförderten industriellen Niedergangs liegt inzwischen auch aus ideologisch unverdächtiger Quelle vor. Vgl. Report from the Select Committee on Overseas Trade, 1984-85, House of Lords Paper No. 238

Kleine Auswahlbibliographie

BUDGE, I. et al., Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition, London 1976

BUDGE, I., McKay, D. et al., The New British Political System. Government and Society in the 1980s, London/New York 1980

COATES, D., Labour in Power? A Study of the Labour Government 1974-1979, London/New York 1980

DAHRENDORF, R., On Britain, London 1982

FINER, S. E. (Hrsg.), Adversary Politics and Electoral Reform, London 1975

FINER, S.E., The Changing Party System, 1949-1979, Washington D.C. 1980

JACQUES, M. (Hrsg.), The Politics of Thacherism, London 1983

JOHNSON, Nevil, Die englische Krankheit. Wie kann Großbritannien seine politische Krise überwinden? Stuttgart 1977

KAVANAGH, D., Party politics in Question, in: ders. u. R. Rose (eds.), New Trends in British Politics. Issues for Research, London 1977

KRAMNICK, I. (Hrsg.), Is Britain Dying? Perspectives on the Current Crisis, Ithaca/London 1979

LANGAN, M. und B. Schwarz (Hrsg.), Crisis in the British State 1880-1930, London 1985

LEIBHOLZ,G., Verfassungsstaat - Verfassungsrecht, Stuttgart 1973

MACKINTOSH, J., Krise des Parlamentarismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 8. Jg., 1977, S. 113 - 118; s. auch die Replik hierzu von J. L. Sharpe, Krise des Westminster-Modells?, ebd., S. 188-22

REPORT of the Committee on Financial Aid to Political Parties, London 1976

ROSE, R., The Problem of Party Government, New York 1974

SMITH, K., The British Economic Crisis, Harmondsworth 1984

WRIGHT, A.W., "What Sort of Crisis?", in: The Political Quarterly, Jg. 48 (1977), S. 260-269